

1 **St-06**

2 **Antragsteller: UB Steinfurt**

3

4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

5

6 **Aufträge der öffentlichen Hand – Subunternehmer**

7

8 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, eine  
9 Gesetzesinitiative zu erarbeiten, um Grenzen bei der  
10 Weitervergabe von Aufträgen aus öffentlicher Hand an  
11 Subunternehmen einziehen zu können und Transpa-  
12 renz über Subunternehmer zu erhalten.

13

14 **Begründung**

15 Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge erfolgt diese  
16 – wenn im Rahmen der Ausschreibung keine klaren,  
17 weiteren Kriterien eingearbeitete werden – stets an  
18 den günstigsten Anbieter. Es kommt nicht selten  
19 vor, dass sich dieser zur Durchführung des Auftrags  
20 Subunternehmerfirmen bedient. Dies führt zwar nicht  
21 unbedingt rechtlich, aber doch häufig tatsächlich  
22 im Hinblick auf die Durchführung von Gewährleis-  
23 tungsansprüchen oder schon rein auf die Frage eines  
24 Ansprechpartners im Rahmen der Umsetzung des  
25 Auftrags bzw. der Maßnahme zu Schwierigkeiten.

26

27 Da bei Aufträgen der öffentlichen Hand Transparenz  
28 und Klarheit auch als Anspruch der BürgerInnen über  
29 die Verwendung der entsprechenden Mittel bestehen  
30 sollte, sollten Subunternehmerfragen pp. klar geregelt  
31 sein.

**Empfehlung der Antragskommission:**

**Erledigt durch §36 der Verordnung über die Vergabe  
öffentlicher Aufträge (Vergabeordnung – VgV)**